

## Gewinnmaximierung erzeugt Arbeitslosigkeit

Marktmechanismus und Gewinnstreben versagen

Von Hermann Patzak

Marktmechanismus und Gewinnstreben bewirken angeblich immer eine optimale Allokation der Ressourcen. Das lehrt die Wirtschaftstheorie. Doch die Aussage ist falsch, zumindest in dieser Ausschließlichkeit. Wenn der Staat in den sogenannten freien Marktmechanismus eingreift, dann werden die schädlichen Auswirkungen dieser Politik von den marktradikalen Dogmatikern gebrandmarkt. Wenn die Marktpreise durch Spekulation oder Monopolbildungen verfälscht werden, dann melden sich diese Kritiker nicht zu Worte. Zunächst sei die Argumentation der liberalen Markttheoretiker einmal dargestellt:

Sie sagen, daß das Ergebnis des Wettbewerbs, die Marktpreise für Güter und Dienste, den Politikern oft nicht passen, weshalb sie anstelle der Marktpreise dann politische Preise verordnen.

Mindestlöhne oder Agrarpreise gehören dazu, sie liegen über dem Marktpreis. Die Argumentationskette der Gegner von Mindestlöhnen ist folgende: Höhere (Mindest) Löhne verringern die Nachfrage nach Arbeit und erzeugen damit Arbeitslosigkeit. Dies wiederum verringert die Produktion und das Wachstum, belastet die Sozialkassen und hat Steuererhöhung zur Folge, weil den Arbeitslosen ja Unterhalt bezahlt werden müsse.

Wird der Preis unter dem Marktpreis (Höchstpreis) festgelegt, kommt es zur Verschwendung von Konsumgütern oder Produktionsfaktoren. Wird der Preis über dem Marktpreis festgelegt (Milchpreis, Butterpreis in EU z.B.), kommt es zu Überproduktion, die letztendlich vom Steuerzahler subventioniert wird. Nur der Markt gewährt also mit unsichtbarer Hand eine bestmögliche Allokation.

Die Argumentationskette ist sachlich und fehlerfrei, aber sie ist unvollständig. Es ist nur die halbe Wahrheit. Da gibt es noch die Monopolpreise und die durch Spekulation verfälschten Preise, die ebenfalls zu einer Fehllenkung der Produktionsfaktoren führen. Das geschieht gerade dort, wo dem freien Lauf der Marktkräfte keine Grenzen gesetzt werden. Und die Feststellung, daß höhere Lohnkosten zu Arbeitslosigkeit führen können, lenkt davon ab, daß auch das **für die Marktwirtschaft konstitutionelle Gewinnstreben Arbeitslosigkeit zur Folge haben kann**. Und das funktioniert wie folgt:

Die infolge der Globalisierung weltweit angestiegenen Renditen haben in den alten Industrieländern Arbeitslosigkeit erzeugt. Die Renditenexplosion der letzten Jahre wurde erst durch den weltweit freien Kapitalverkehr möglich, den die Globalisierung mit sich brachte. Das Kapital zieht dorthin, wo die Kosten niedrig und die Renditen hoch sind. Wenn in den industriellen Schwellenländern die Qualität des Faktors Arbeit ausreicht, die geringen Anforderungen der heutigen Massenproduktion zu erfüllen, dann geht diese Rechnung immer auf.

Aber die Entwicklung wirkt zweifach! Das Kapital geht ja auch dorthin, wo aufgrund der Spekulation die Renditen so hoch sind. Das waren die Finanzmärkte in den USA und auch in England. Die deutsche IKB-Bank in Düsseldorf, die deutschen Landesbanken und auch die großen deutschen Geschäftsbanken haben das getan. Im USA-Geschäft der innovativen Geld- und Kreditschöpfung betrug die Renditen ein Mehrfaches der Renditen, die in Deutschland mit der „plumpen Kreditvergabe“ zu verdienen waren. Verdient haben die Kapitaleigner, die bei den großen Privatbanken mit über 50% im Ausland resi-

dieren. Seit dem Einsetzen der Globalisierung ist ihr Gewinneinkommen gestiegen. Bezahlt haben es die Menschen in Deutschland mit Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen.

Die dürfen jetzt wieder bezahlen. Sie werden an den Verlusten aus den ehemals lukrativen Bankgeschäften beteiligt. Denn die Banken, die Internationale des Kapitals, dürfen nicht zusammenbrechen. Also müssen wieder die Kleinen, die Masse der Steuerzahler erhalten. Ihr Einkommen wird sich in einem weiteren Schritt dem Existenzminimum nähern, der absoluten Armutsgrenze. Es ist nur noch die Frage, wie viele es werden müssen, bis sich das Murren der Ausgebeuteten in Auflehnung verwandelt?

Die Macht dazu hätten sie ja in einer Demokratie.

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de) 28.04.2008